

Die vom Reichsnährstand getroffenen Maßnahmen zur Sicherung des Nachwuchses

Die Berufsausbildung im Gartenbau

entscheidend darauf an, was wir selbst zu dieser Aussprache beizutragen hatten. Die Reichsroute der deutschen Teilnehmer war deshalb durch diese Besamtsituation von vornherein sehr klar ausgerichtet. Worauf es uns ankommen mußte, waren drei Dinge: Nicht müde zu werden, die Teilnehmer immer wieder auf die letzten Urfragen des Weltkrisens hinzuweisen, auf den Verfall der Friedensvertrag und auf die bolschewistische Verleumdung.

Der Reichsnährstand hat die gesetzliche Pflicht, für die händliche Erziehung seiner Angehörigen Sorge zu tragen. Ein Teil dieser händlichen Erziehung ist die sachliche Berufsausbildung, die sich zum größten Teil in der Praxis, zum kleineren an schulischen Einrichtungen vollzieht. Wenn sich in den früheren Jahrzehnten immer nur ein Teil aller Ständesangehörigen des Gartenbaus einer geordneten Berufsausbildung unterzogen hat, so strebt der Reichsnährstand danach, künftig die Mehrzahl der Ständesangehörigen durch eine gezielte Berufsausbildung zu erfassen. Durch eine zielgerichtete und sorgfältige Berufsausbildung soll die heutige Jugend eine bessere Vorbereitung für ihre Berufsarbeit erhalten.

ren Sicherheit für sein berufliches Fortkommen, als wenn er nur einen Zweig des Gartenbaues beverricht. Das schließt nicht aus, daß er sich zuletzt für einen Zweig endgültig entscheidet.

nergehilfenbrief. Nach einer mindestens sechs-jährigen Gehilfenzzeit, auf die Arbeits- und Dienstlohn angerechnet werden, kann der Gehilfe die Meisterprüfung ablegen. Der Gärtnergehilfe hat die Möglichkeit, sich neben der Fortbildung in der Praxis durch eine Reihe von Fachschulen und Lehrgängen zu vervollkommen. Außer den Gartenbauhochschulen mit Winterunterricht in zwei Halbjahren stehen ihm die mittleren Gärtnerlehreanstalten mit ganzjährigem Unterricht zur Verfügung, die ihm die wissenschaftliche Anleitung zur Führung eines Gartenbaubetriebes geben. Die Lehrgänge in besonderer Obstbaumspflege bieten für den Gärtnergehilfen und Gartenarbeiter den Eingang auch in die Laufbahn des Baumwirts.

Und das Dritte, was wir tun konnten, war, die ausländischen Gäste in aller Herzlichkeit einzuladen, sich mit Aufgeschlossenheit und offenen Augen Deutschland anzusehen und dann in ehrlicher Weise ihren eigenen Eindruck mit dem zu vergleichen, was eine Abgrenzung im Ausland ihnen vorsetzt. Hoffen wir, daß unsere Gäste das in ausreichendem Maße tun und dann wieder heimkehren in ihre Länder als Freunde Deutschlands. Eine feindselige Auswirkung des Kongresses für alle Beteiligten könnte dann nicht ausbleiben.

Grundsätzlich erfahren sämtliche Gärtner ihre Berufsausbildung in der Praxis selbst. Lehrgänge und Schulung haben lediglich die Aufgabe der Ergänzung, Vertiefung und Ordnung der in der Praxis gewonnenen Erfahrungen sowie der Ausrichtung auf die gesamtwirtschaftlichen und agrarpolitischen Belange.

Als besondere Einrichtung zur Förderung des gartenbaulichen Ausbildungswesens haben sich bestens bewährt:

So hofft der Reichsnährstand auch durch diese Maßnahmen die zur Zeit vordringliche Sorge um die Gewinnung der genügenden Zahl von Fachkräften allmählich zu lösen. Leider wirken die Unterlassungssünden der Vergangenheit heute besonders stark nach, während in der Wirtschaft zum Teil verlockende Fortkommensmöglichkeiten geboten werden. Es ist ein dringendes Erfordernis, die vom Reichsnährstand geschaffenen Berufswege und die Berufsausbildung im Gartenbau in allen Kreisen des Volkes bekanntzumachen.

In den angenommenen Beschlüssen hat die IHK zu den gegenwärtigen Problemen der Weltwirtschaft Stellung genommen und den Regierungen eine Reihe von Maßnahmen empfohlen. Die IHK stellt fest, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Voraussetzung ist für eine Förderung des Wohlstandes der Nationen. In der Handelspolitik solle die Gelegenheit der aufsteigenden Weltkonjunktur genutzt werden, um nach Möglichkeit die bestehenden Handelsverträge abzubauen. Allerdings könne dieses Problem nur im Gesamtzusammenhang einer Regelung der Rohstofffragen, der Währungsbeziehungen und der internationalen Beschäftigung gelöst werden. Zur Wiederherstellung stabiler Verhältnisse in der Weltwirtschaft sei eine Befestigung der Währungen erforderlich.

Die Berufsausbildung zerfällt in den grundlegenden praktischen Teil, die Lehrzeit, die in jedem Fall bei einem vom Reichsnährstand anerkannten Lehrmeister abzuleisten ist, und die Fortbildung durch Praxis und Schule oder Lehrgänge. Die großen Unterlassungssünden der früheren Jahrzehnte, die in der beruflichen Ausbildung im Gartenbau begangen wurden, verbleiben es, je den heute im Berufsleben mit der praktischen Ausbildung des Nachwuchses zu betonen, obwohl es im Hinblick auf die händliche Pflicht von jedem einzelnen Ständesangehörigen gefordert werden mußte, für die Schaffung eines berufstätigen Nachwuchses besorgt zu sein. So muß eine laufende Auslese der Tüchtigsten im Beruf erfolgen, denen die Ausbildungsbefugnis zugesprochen wird. Eine Anerkennung von Lehrbetrieben kommt nicht mehr in Frage. Die Anerkennung ist auf den geeigneten Meister im geeigneten Betrieb abgestellt. Sie wird bei Eintritt ungewünschter Umstände zurückgezogen. Der Lehrling darf nicht nur als Arbeiterkraft ausgenutzt, sondern muß zu allen Arbeiten und Vorarbeiten im Betrieb herangezogen werden und die erforderlichen Anweisungen erhalten. Am Schluß der Lehrzeit muß er sich der Gehilfenprüfung unterziehen, durch deren Ergebnis auch die Eintragung des Lehrmeisters händlich gesichert werden kann. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Lehrherren heute kein Vergeld mehr erheben, wie es früher häufig geübt wurde. Diese Selbstverständlichkeit beruht einmal auf der Erkenntnis, daß es die unabdingbare Pflicht jedes Ständesangehörigen ist, für die Nachwuchserziehung zu sorgen und die damit verbundenen Opfer auf sich zu nehmen, und zum anderen auf der unangenehmen Erfahrung, die Lehrlinge nach der Prüfung auszuwählen und ohne irgendwelche Rücksicht die auf Grund besonderer Abmachungen gelehrt werden konnte, von vornherein zur Weisungsfähigkeit zu erziehen. Um eine geordnete Ausbildung zu sichern, wird die Zahl der Lehrlinge für jeden einzelnen Lehrmeister nach den Betriebsverhältnissen besonders festgelegt; sie darf in der Regel die Höchstzahl von drei Lehrlingen nicht überschreiten.

1. Die Ernennung eines besonderen Beauftragten für den Gartenbau, der im Gebiet der Landesbauernschaft die Ausbildung und Prüfung in der Praxis zu überwachen hat. Dieser Beauftragte muß selbst im Beruf praktisch tätig sein. Er hat als ehrenamtlicher Mitarbeiter dafür Sorge zu tragen, daß die Grundzüge der Berufsausbildung unter Wahrung der praktischen Verhältnisse überall gleichmäßig zur Durchführung kommen.

2. Die regelmäßigen Arbeitsgemeinschaften der Lehrherren sowie die Lehrlingsstellen. Beide Einrichtungen haben den Zweck, Lehrherren und Lehrlinge auf ihre besonderen händlichen Pflichten für die Berufsausbildung hinzuwirken.

Die Regelung der Berufswege und die Schaffung von Möglichkeiten der Fortbildung sind nicht zuletzt geeignet, Berufsweg, Berufstreue und Berufserfolg zu wecken und zu erhalten und dazu zu verhelfen, daß sich der einzelne seinem Beruf und seiner Arbeit sowie der Gemeinschaft gegenüber verpflichtet fühlt.

Überall Aufwärtsbewegung der Wirtschaft

Die Weltwirtschaft Mitte 1937

Bei der Annahme der Resolution über die Handelspolitik gab Staatssekretär a. D. Trendelenburg folgende Erklärung der deutschen Gruppe ab:

Die deutsche Delegation nimmt der Resolution zur Handelspolitik zu.

An verschiedenen Stellen des allgemeinen Teils der Entschließungen sind handelspolitische Gedanken enthalten, die so wichtig und entscheidend sind, daß sie nach Ansicht der deutschen Gruppe zweckmäßigerweise nochmals zusammengefaßt werden. Diese Gedanken sind:

3. Die regelmäßigen Arbeitsgemeinschaften der Lehrherren sowie die Lehrlingsstellen. Beide Einrichtungen haben den Zweck, Lehrherren und Lehrlinge auf ihre besonderen händlichen Pflichten für die Berufsausbildung hinzuwirken.

Der Lehrling im Gartenbau schließt die Lehre durch die Gehilfenprüfung ab und erhält den Gärt-

Fast überall in der Welt hat sich die Aufwärtsbewegung der Wirtschaft, die das vergangene Jahr kennzeichnete, im ersten Halbjahr 1937 kraftvoll fortgesetzt. Aus einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über „Die Weltwirtschaft Mitte 1937“ (Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 12) in der die wirtschaftliche Entwicklung von 54 Ländern dargestellt wird, ist zu ersehen, daß nur in fünf Ländern (Frankreich, Palästina, Bolivien, Ecuador, Paraguay) die Lage noch bedrückend war. Die industrielle Erzeugung hat vielfach den Höchststand der Vorkriegszeit erheblich überschritten; die Beschäftigung ist weiter gestiegen, die Arbeitslosigkeit hat weiter abgenommen, die Zahl der Arbeitslosen in der Welt blieb allerdings noch ungefähr doppelt so groß wie vor der Krise. Ihren besondern Ausdruck findet die allgemeine Belebung der Weltwirtschaft in der starken Zunahme der Welthandelsumsätze, die im ersten Vierteljahr 1937 dem Werte noch um rund 20 v. D., dem Volumen noch um rund 10 v. D. über den Stand im ersten Vierteljahr 1936 hinausgingen. Die Aufwärtsbewegung in den Hauptindustriestädern, vor zwei oder drei Jahren als „Binnenkonjunktur“ mäßig und oft unter Einfluß großer finanzieller Mittel in Gang gebracht, hat nun auch die Rohstoffländer in kräftigem Schwung mitgerissen. Die Preise der

Rohstoffe, besonders auch der agrarischen, sind noch stärker gestiegen als die der Fertigerzeugnisse. Die „Preissteigerungen“, lange Zeit eine der wichtigsten Ursachen der Weltkonjunktur, hat sich gelichtet und die fortschreitende Belebung der Landwirtschaft, zumal der außereuropäischen, ist einer der wichtigsten Züge im gegenwärtigen Bilde der Weltwirtschaft.

Die Gefahr eines baldigen Rückfalls ist gering. Zwar sind gewisse Spannungen unübersehbar, deren wichtigste ihren Ausdruck fanden in einem heftigen Preisfall an den Rohstoffmärkten im April, in Kurseinbrüchen an den internationalen Wertpapiermärkten, in den Besenkungen, die der fortgesetzte übermäßige Goldzufluß in den angelsächsischen Ländern hervorrief, und in den Arbeitslosigkeiten in den Vereinigten Staaten von Amerika und England. Die ungelärten Verhältnisse in Frankreich bleiben weiter ein möglicher Störfaktor. Aber die tragenden Kräfte des weltwirtschaftlichen Aufschwungs haben sich noch nicht erschöpft. Die englische Wirtschaft hat einen sicheren Rückhalt an der Ausrüstung, die amerikanische verläßt noch über starke Investitionsreserven. Damit scheint, bei der weltwirtschaftlichen Geschäftsentwicklung dieser beiden Volkswirtschaften, ein Anhalten des Aufschwungs auch für die meisten anderen Länder vorerst gesichert.

Politische Wochenschau

Eine Bilanz

Der Berliner Kongreß der Internationalen Handelskammer ist beendet. Wenn man auch direkte praktische Erfolge nicht ohne weiteres erwarten kann, so steht doch fest, daß die Verhandlung über Fragen der internationalen Handelspolitik vor diesem Kreis der führenden internationalen Wirtschaftler Auswirkungen haben wird. Es ist so bisher immer so gewesen, daß eine Aussprache von Mann zu Mann oder in engerem Kreise leichter zu Erlangen führt, als die Beschäftigung auf einen bestimmten, einseitig interessierten Kreis. — Besondere Beachtung verdient, gerade vom deutschen Standpunkt aus, die abschließende Resolution über die Handelspolitik. Es sind in dieser Entschließung Gedankenansätze festgelegt, die schon seit langem von Deutschland immer und immer wieder mit allem Nachdruck vertreten werden. Nur einige Beispiele: Der internationale Handel muß auf dem Wege freundschaftlicher und verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen den Nationen und in sich gegenseitigen Nationalwirtschaften erfolgen, und zwar auf der Grundlage wirtschaftlicher Gleichberechtigung und nach Maßgabe der nationalen Lebensnotwendigkeiten, die in dem Recht eines jeden Volkes auf Selbstbehaltung begründet sind. Diese Feststellungen vor dem Forum des Kongresses der internationalen Handelskammer bedeuten zweifellos einen gewaltigen Fortschritt in der Erkenntnis der heute auf dem Gebiet der internationalen Handelspolitik notwendigen Aufgaben und Arbeiten. Es läßt zweifellos gelunden in der Weltwirtschaft aus, wenn die einzelnen Mächte sich die Grundzüge dieser Entschließung in früheren Jahren zu eigen gemacht hätten. Aber was spät kommt, kommt immer noch nicht zu spät! Und wir hoffen, daß dieser fruchtbarsten Aussprache noch fruchtbarere Taten folgen werden!

Es fehlt am guten Willen

Deutschland und Italien haben, nachdem sich die Durchführung des ersten Kontrollsystems als unmöglich erwiesen hatte, vor dem Nichterministeriumsamt neue und eingehende Pläne für eine Wirtschaftspolitik in Spanien gemacht. Dem ge-

lunden Menschensdand noch hätten diese Pläne ohne lange Aussprache angenommen werden müssen; denn sie waren nach Lage der Dinge wirklich noch die einzige Möglichkeit, zu einer gerechten Ueberwachung und Solidarität des Spanienkrieges zu kommen. England und Frankreich aber haben abgesehen. Und sie lebten ab, weil sie nicht wollen, daß ein derartig überzeugendes und gerechtes System der Nichterministeriumsamt zustande käme. Die Zeitungen in Paris und London haben dabei die merkwürdigen Ausschüfte gemacht, um ihrer Verleumdung die Ablehnung zu begründen. Aber diese Ausschüfte, dieses Hin- und Herreden, dieses Verurteilen nach logischen Momenten, läßt doch immer wieder „des Teufels Werdehals“ erkennen. Man ist eben den Verbotsverweigerungen im roten Spanien doch irgendwie verbunden. Das politische und das materielle Geschick ist eben — nach Ansicht Englands und Frankreichs — mit dem bolschewistischen Spanien besser zu machen als mit Franco. Man kann heute die Dinge hinterlegen, wie man nur will — eines steht fest: daß England und Frankreich am Gängelband des Bolschewismus laufen! Sie glauben zwar vielleicht, moralischen Grundgedanken treu zu sein oder aber eine „Politik für ihr Land“ zu treiben, in Wirklichkeit sind sie nichts anderes als Schrittmacher des Bolschewismus.

Politik des Erfolges

Deutschland und Italien haben in den letzten Wochen und Monaten mehr als einmal bewiesen, daß für sie die feilsche Aufbaubarkeit in der Welt und für die Verständigung der Völker untereinander praktische Arbeit geleistet haben. Während man sonst in der Welt wirtschaftliche Dinge meist nur theoretisch erörtert, ohne zu einem praktischen Erfolge zu kommen, ist zwischen Deutschland und Italien jetzt wieder einmal eine Verständigung getroffen, die für die ganze Welt Beispiel sein könnte. Zwischen Reichsleiter Dr. Ley und dem Präsidenten des Italienischen Industriearbeiter-Verbandes, Cianetti, ist ein Arbeiteraustausch zwischen Deutschland und Italien vereinbart. Dieses Abkommen über eine bedeutsame sozialpolitische Zusammenarbeit der beiden Länder ist vom Führer und Reichsführer und von Mussolini besonders genehmigt

worden. In diesem Abkommen wurde ausdrücklich festgelegt, daß eine gemeinsame Arbeit in gemeinsamem Glauben und gegenseitigem Vertrauen unter Berücksichtigung der besonderen Eigenarten der beiden Völker getan werden soll. Die organisierten Formen des Sozialismus, das sozialistisch-korporative System, und des Nationalsozialismus, das Jellensystem der Deutschen Arbeiterfront, werden als gegeben angesehen. Durch einen umfassenden Arbeiteraustausch soll die Verständigung zwischen den beiden Völkern vertieft und die Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet gegenseitig befruchtet werden. Deutschland und Italien vereinbaren darüber hinaus, daß sie sich gegenseitig beipfechen, wenn auf diesem Gebiet Maßnahmen ergriffen werden sollen, die internationalen Charakter haben. Das ist praktische Zusammenarbeit, Wille zum Erfolg! Man sieht, es geht auch ohne Hege und ohne Verleumdung, wenn man nur den Willen dazu hat. Während man aus aller Welt die katastrophalen Berichte über die sozialpolitische Lage der Arbeiter hören muß — insbesondere aus jenen Ländern, die die sogenannte Volkfront an der Macht ist —, wird in Italien und Deutschland fast von Monat zu Monat irgendeine neue Arbeit in Angriff genommen, um den Lebensstandard dieser Völker zu heben!

„Land Israels“?

Nun ist also der Bericht der englischen Palästina-Kommission veröffentlicht. Wie man erwartet hatte, soll danach Palästina aufgeteilt werden in einen jüdischen Staat, in einen arabischen Teil, der zu Transjordanien kommen soll, und schließlich werden einige Gebiete unter englischer Verwaltung bleiben. Es wird sich nun in den nächsten Tagen entscheiden, wie Araber und Juden sich zu diesen Vorschlägen stellen. Jedenfalls ist die Lage wieder recht gespannt; denn sonst würde England nicht Schlichtertruppen an die palästinenrische Küste dirigiert und für die britischen Expeditionstruppen besondere Vorkehrungen anordnet haben. Die Stellung der Juden zu diesem Vorschlag ist bisher noch recht unklar. Man will zwar auf der einen Seite den eigenen Staat, scheint sich andererseits aber auch darüber klar zu sein, daß die Befreiung des Judentum, ein geordnetes völkisches Staatswesen zu bilden, nicht ohne weiteres gegeben ist. Jedenfalls war es entschieden bequemer, scharatzen im Innern fremder Völker zu hüten und diese für sich arbeiten zu lassen. Man wird darum recht gespannt sein können, wie

sich das „Land Israels“ — sollte es tatsächlich begründet werden — entwickeln wird.

Hegenkessel Frankreich

Die Politik der sogenannten Volkfront, eine Angelegenheit reinster marxistischer Art, hat immerhoft ganz kurzer Zeit den französischen Staat „reflexo hanterott“ gemacht. Das ist nicht etwa irgendeine bössmögliche Festschaltung von unserer Seite, eine parteiliche Stellungnahme, sondern eine ganz nüchterne und sachliche Feststellung, die im französischen Parlament genau wurde. An einem Tage belag die französische Staatskasse 3, 8 nur noch ganze 20 Millionen Franken. Milliarden-Vorschüsse der Staatsbanken waren darum notwendig, um nur die allerdingemüßten Bedürfnisse der französischen Staatsfinanzen zu befriedigen. Und es werden einschneidende Maßnahmen dazu gehören, um die französischen Staatsfinanzen überhaupt wieder in Ordnung zu bringen. Sparmaßnahmen werden dazu notwendig sein und zweifellos auch erhebliche Steuererhöhungen. Vieles Ausschichten, wenn man bedenkt, daß zudem die Finanzierungswelle von Tag zu Tag steigt. Wie unter diesen Umständen der Lebensstandard des französischen Volkes, insbesondere des französischen Arbeiters, auch nur gehalten werden soll, ist vorläufig völlig unklar. Es wird aber wieder so kommen, wie es bisher immer in den vorwiegend marxistisch beherrschten Staaten war, Arbeiter und Bauern werden die Zehne bezahlen!

Einen Schlag ins Gesicht des französischen Volkes aber muß es bedeuten, wenn in einer solchen Zeit die Herren Abgeordneten des französischen Parlaments eine Erhöhung ihrer Diäten um monatlich 600 Franken fordern. Und diese Forderung ist nicht etwa eine Forderung geblieben, sondern inzwischen durch den Rechnungsausschuß der französischen Kammer beschloffen. Lebensmittel werden teurer, Zölle werden erhöht, die Steuererhöhung wird in Gang gesetzt — aber das alles hört die Herren Abgeordneten nur wenig. Was die Not der wertvollen Wägen auch immer früher werden, ihre erste Aufgabe ist es, erst einmal für den eigenen Geldbeutel zu sorgen. Nun, es ist die Aufgabe des französischen Volkes, mit diesen Dingen fertig zu werden. Es möge aber niemand vergessen, daß vor vier und mehr Jahren in Deutschland ähnliche Zustände geherrscht haben, und daß erst die nationalsozialistische Bewegung in unserem Lande mit solch trüben Erscheinungen aufgeräumt hat.